

jüdischen Elements im Heere ein Ende zu setzen. Aber, wenn die Sozialdemokraten sich über ein bestimmtes Thema hermachen, geht es gleich ins Uferlose, wobei freilich um der Gerechtigkeit willen angemerkt sein mag, daß an dieser Ausbreitung auch die Antisemiten ihr reichliches Teil hatten. Die beiden Reden, die Herr Dr. Werner-Giehn heute vom Stapel lieh, gehörten, ohne Frage zu dem Inneren des Reichstages. Eine Episode aus dieser Antisemitenrede verdient aber vielleicht festgehalten zu werden. Herr Werner hatte darauf angepielt, daß der sozialdemokratische Herr Wolfgang Heine in seiner Jugendjahre dem Verein „Deutscher Studenten“ angehört habe. Darauf erklärte Herr Heine: „Ich bin auch heute noch deutsch-national.“ Sehr hübsch; wir glauben das Herrn Heine, von dem uns auch sonst nationale, sogar großdeutsche Züge, berichtet wurden, aufs Wort. Nur schade, daß er diese seine Meinung so gar nicht auf seine Parteifreunde ausbreiten vermag. Auf die Antisemitenrede folgte eine ebenso ausgedehnte Streitdebatte, soll heißen, eine Aussprache über die Verwendung von Soldaten der Streiks und Ausprägungen, bei der Herr Liebnicht das große Wort führte. Dann nahm man sich das Kapitel von der Militärjustiz vor und hier leuchtete Herr Stadthagen seinen, lagen wir einmal stillen Jörn in den Saal. Zu Beginn hatte es eine lärmende Szene gegeben. Herr Dr. Frank hatte ein Telegramm verlesen wollen (wir teilen es an anderer Stelle mit), das ihm von Gaikwirtsorganisationen zugegangen war. Graf Westarp widersprach, und in der Geschäftsordnungsdebatte, die sich nun entspann, hatte der „Genosse“ Horn noch und dreißig dem konventionellen Führer des Schimpfwort „Künger“ zugerufen. Da teilten die Konventionen aufbegehrt. Gewiß: mit Recht. Aber die Umgangsformen dieser Leute von der „Rechtenwende“ sind nun mal so.

Sitzungsbericht.

Am Bundestagssitzung: Kriegsmilitär v. Heeringen. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung 2.05 Uhr. Zunächst steht auf der Tagesordnung eine kurze Anfrage.

Die Abg. Dombold und Gollast (Volen) fragen, ob dem Reichsanwalt bekannt sei, daß der oberösterreichische Berg- und Hüttenmännische Verein in Rattowitz nach dem letzten Bergarbeiterstreik über einheimische Arbeiter die Aussperrung auf drei Monate verhängt habe, während Tausende von ausländischen Arbeitern in diesen Industriewerken tätig seien, ferner, ob dem Reichsanwalt bekannt sei, daß die Königl. preussische Bergwerksdirektion diesen Beschluß entsprechend hande, und schließlich, was der Reichsanwalt zum Schutze der einheimischen Arbeiter zu tun gedenke?

Ministerialdirektor Dr. Gollpar: Eine Aussperrung auf drei Monate ist in Österreich nicht verboten worden; auch ist keine Konventionsstrafe schwebend. Später wurde eine Aussperrung ausgesprochen, der sich auch die Königl. Bergwerksdirektion anschließen hat. Sobald der preussische Handelsminister davon Kenntnis erhalten hätte, hat er das Erforderliche veranlaßt und die Aussperrung ist aufgehoben worden, die überhaupt nur zwei Wochen gedauert hat. Da das Erforderliche geschehen ist, so hat der Reichsanwalt seinen Antrag zum Eingreifen.

Verhandlungen

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.) über die Verhandlung der Beratung eine ihm zugewandene Depesche verlesen zu dürfen. Der Präsident erklärt sich dazu bereit, vorausgesetzt, daß die bereits geschlossene Debatte erneut wieder zu eröffnen sei.

Abg. Dr. Frank beginnt mit der Verlesung, wird jedoch unterbrochen, indem Graf Westarp (Konf.) der Wiedereröffnung der Debatte widerspricht. Es entspinnt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Haase (Soz.), v. Payer (Ept.), Frank (Soz.), Graf Westarp (Konf.) und Präsident Dr. Kaempf beteiligen. Während einer solchen Bemerkung zur Geschäftsordnung wird dem Abg. Grafen Westarp von sozialdemokratischer Seite „Künger“ zugerufen. (Große Ärm, der Abg. Horn-Sachsen (Soz.) wird dafür zur Ordnung gerufen.)

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Schulz-Kromberg (Ept.) legt Dr. Frank-Mannheim unter Bezug auf die Verlesung die Depesche auf den Tisch des Hauses nieder. (Große Bewegung.) Darauf wird über den sozialdemokratischen Antrag betreffend das Militärverbot namentlich abgehandelt.

Für den Antrag stimmen 127, dagegen 201 Abgeordnete. Einer enthält sich der Stimme. Eine Stimme ist unglücklich. — Der Antrag ist somit abgelehnt.

Bei der Abstimmung über die Kommissionsresolution, den gleichen Gegenstand betreffend, bleibt das Resultat zweifelhaft. Es erfolgt Sammelstimmung. Für die Resolution stimmen 196, dagegen 100 Abgeordnete. Die Resolution ist somit angenommen.

Alsdann wird die gestern abgetroffene Debatte über den sozialdemokratischen Antrag betreffend fortgesetzt.

Abg. Dr. Werner-Giehn (Wirtsch. Bg.): Der Kampf gegen den Semitismus ist nicht verächtlicher als der Kampf, den die Sozialdemokraten gegen das Junkertum führen. Unsere antisemitische Bewegung führt daher, weil der Semitismus die Welt zu beherrschen sucht. Das Judentum ist keine Konfession, sondern eine Ration, wie schon Schopenhauer gesagt hat. Charakteristisch ist auch, daß sich eine Reihe von Reichstagsabgeordneten als mosaisch, konfessionlos, Israelit, Jude usw. bezeichnen. Bei solcher Verschiedenheit leben sie sich doch sehr ähnlich. (Große Heiterkeit.) Militärische Sachverständige bezeichnen die Juden als feige und militäruntauglich. Wie viele Juden waren dabei, als es hieß: „Die Deutschen an die Front!“ Auch im Soldatendienst hat man mit den Juden keine guten Erfahrungen gemacht. Wir lehnen die Juden als Offiziere ab oder aber es müßte ein besonderes schweres jüdisches Heiterregiment gebildet werden, das gegen die Kolaten reitet als „Bernsteins wilde, vorwegene Jagd“. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schöpslin (Soz.): Die antisemitische Bewegung bis zu ihrem letzten Akt ist von A bis Z eine Standaufführung gewesen, die erbärmlich zusammengeklappt ist. Wenn gesagt wurde, die Gaikwirtsverbände hätten sich für den Boykott von Wirtschaften ausgesprochen, so entspricht das nicht den Tatsachen. Das geht aus der Depesche an Dr. Frank hervor (Hört! Hört!), über die wir uns vorher so gut unterhalten haben. (Heiterkeit.)

Generalleutnant v. Wandel: Der Redner hat aus der vorgelesenen Depesche die Folgerung gezogen,

als ob ich in meiner abgegebenen Erklärung nicht die Wahrheit gesagt hätte. Ich habe nichts zurückzunehmen. Mir liegt ein Schreiben des Reichsverbandes Deutscher Gaikwirtsverbände, Sitz Berlin, vor, aus dem hervorgeht, daß, wenn ein Gaikwirt kein Lokal nur der sozialdemokratischen Partei bzw. deren Angehörigen freihält und sich vielleicht selbst noch zur Sozialdemokratie bekennt, daß dann das Militärverbot für berechtigt angesehen werde. (Leb. Zuruf b. d. Soz.) Das liegt allenmäßig vor. Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen.

Abg. Giehn (Ept.): Ich lehne es entschieden ab, zum Parteifreund Dr. Werner gestempelt zu werden. Die Achtung vor der eigenen Religion sollte jeden hindern, die religiöse Überzeugung anderer heranzuziehen. Andererseits verurteile ich, daß einem aus Geschäftsrücksichten gekauften Juden eine Karriere eröffnet wird, die ihm bis dahin verschlossen war. Die angeforderten Offiziersstellen können nicht sobald besetzt werden. Will der Kriegsminister diese Lücken ausfüllen, so muß er den unbilligen Duellzwang beseitigen. Dann werden Hunderte katholischer Familien wieder ihre Söhne Offiziere werden lassen. (Sehr gut und Zustimmung.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Bernstein, Heine (Soz.), Werner-Giehn (Wirtsch. Bg.), Waldstein (Ept.) und Dr. Frank-Mannheim (Soz.) wird der Antrag abgelehnt.

Es folgt das Thema: Verwendung des Militärs zu politischen Zwecken. Die Sozialdemokraten beantragen hierzu einen Artikel 14 (Verbot der Verwendung des Militärs zu politischen Zwecken im wirtschaftlichen oder politischen Kampfe und als Ersatz für streikende oder ausgeperrte Arbeiter).

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.): Der Schwerpunkt unseres Antrags liegt in der Bekämpfung der Verwendung des Militärs zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Selbst der Inhaber der Kommandogewalt hat bei einem Bergarbeiterstreik gesagt, bei dem geringsten Widerstand alles über den Haufen schießen zu lassen. Den Militarismus zum Hüter und Beschützer der Ordnung zu machen, hieße den Fuchs zum Beschützer des Hühnerkalls machen. Daß der jetzige Kaiser nicht auf das Testament Friedrich Wilhelm IV. der die Verfassung befehligen wollte, eingegangen ist, wird ihm so hoch angerechnet. Was ist da Besonderes dabei. Das ist doch kein Verdienst. Es fehlte ihm bloß der Mut, dieses Testament auszuführen. (Anruhe rechts. Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Der Grundgedanke, der den Militarismus beherrscht, ist Angst und Furcht einzuführen. Die Junker in Preußen fühlen sich daher nur sicher hinter der Mauer der Bajonetten. Aber auf Bajonetten kann man nicht dauernd sitzen, auch nicht die Junker, trotz ihrer dicken Kinnoseroshaut. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner, derartige Ausdrücke zu unterlassen.) Unser Militärsystem ist ein Hemmschuh für jede Kulturentwicklung. Hier scheiden sich die Geister. Es heißt: Du sollst Vater und Mutter ehren, nicht: Du sollst auf Vater und Mutter schießen. Wir werden deshalb sowohl den Militarismus als auch die weiteren Heeresforderungen bekämpfen. (Beifall b. d. Soz.)

Präsident Dr. Kaempf rügt nachträglich den Vergleich einer preussischen Verwaltung mit dem Fuchs im Hühnerstall. Kriegsminister v. Heeringen: Die Darstellung ist falsch, als ob die Armee und somit auch die jetzige Heeresvorlage lediglich zur Wiederherstellung des sogenannten inneren Friedens geplant ist. Auf die übrigen Klatschgeschichten des Redners gehe ich nicht ein. (Anruhe links.) Der Kaiser hat die Verfassung beschworen und das deutsche Heer ist ein solches Instrument in seiner Hand. Der Kaiser bricht die Verfassung nicht. Es könnte höchstens vom Reichstage aus anders kommen. Die Armee ist gegen den inneren Frieden nicht in erster Linie gedacht; wenn es nottut, sind wir allerdings auch dazu verpflichtet. Wenn Herr Liebnicht sich außerdem über den ungarischen Ministerpräsidenten abfällig äußert, hat, so muß ich dagegen Verwahrung einlegen. Auch uns würde es nicht gefallen, wenn man sich in unsere Politik einmischen würde. (Sehr gut!) Auf seine Angriffe auf das Hohenzollernhaus einzugehen, kann ich mich verlagen. Die Hohenzollern stehen ja hoch, als ob die Kritik der Abgeordneten Liebnicht an sie heranreicht. (Sehr gut rechts.) Wenn er aber den Kaiser Wilhelm mit der abgehandelten Bezeichnung „Kartätschenprinz“ belegt, so weile ich das entschieden zurück. (Leb. Beifall.) Die Armee ist treu und zuverlässig. Sie wird im Kriege ihre Schuldigkeit tun und, was mir nicht hoffen wollen, daß es eintritt, eventuell auch im Frieden. (Leb. Beifall rechts.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Sachse (Soz.) und Dr. Liebnicht (Soz.) erklärt Kriegsminister v. Heeringen: Wir denken nicht an Bürgerkrieg. Der Generalstab treibt historische Studien auch über Streiks im Auslande, um die Kommandeure zu instruieren, damit sie, falls eine derartige Anforderung an sie herantritt, wissen, was sie zu tun haben. Im Streitgebiet sah die Sache viel harmloser aus, als dargestellt wird. Durch die Anwesenheit der Armee mit ihren Waffen wurde Ruhe und Ordnung hergestellt, ohne Mißverständnisse.

Darauf wird der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt. Es folgt die Beratung des Themas: Militärjustiz.

Die Budgetkommission beantragt eine Resolution auf Revision des Militärstrafgesetzbuches, der Militärstrafgerichtsordnung, des Beschwerderechts, Befreiung des strengen Arrestes und eine Revision des Ehrengerichtes.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Reihe von Gesetzesänderungen hinsichtlich Zulassung miteinander umhüllend, Aufhebung des strengen Arrestes und Straffreiheit bei sofort erwidelter Beleidigung oder Körperverletzung.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir müssen Rechtszustände schaffen, die des Volkes und der Armee würdig sind. Die drakonischen Strafen müssen verschwinden. Der Zustand des blinden Gehorams muß beseitigt werden. Man darf einen Mann nicht bestrafen, der sich weigert, auf Vater und Mutter zu schießen. Ein Vorgesetzter, der einen solchen Befehl erteilt, muß entweder irrsinnig oder verbrochen sein. (Groß. Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Der Soldat muß jedenfalls gegen solche Befehle geschützt werden. Die Ehre des Menschen, des Soldaten, muß gewahrt werden. Injäre Anträge wollen dem Soldaten die Menschenrechte zurückgeben.

Darauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt. — Schluß 8 Uhr.

Recht und Gericht

Königliches Landgericht.

Leipzig, 20. Juni.

Die Gemeindefälle bestanden. Der 24jährige Dienstknecht Friedrich Oswald Behrend aus Hedda war im Jahre 1909 bei dem Gemeindevorsteher G. in Rüssen in Stellung gewesen und dadurch wußte er, wo G. sein Geld aufbewahrte. Behrend hatte dann an mehreren Stellen gedient; war am 8. November v. J. aus dem Dienste in Haffel fortgelassen und hatte sich einige Tage mittellos und ziellos umhergetrieben. Da kam er auf den Gedanken, bei seinem früheren Dienstherrn G. einen Einbruchdiebstahl zu unternehmen. Am 11. November beobachtete er, daß G. mit seinem Reuten beim Dreschen beschäftigt war, er stieg auf einer Leiter aus dem Nachbarhofe über einen Zaun in das Hintergebäude des G.'schen Grundstücks ein, indem er eine Fachwand einstichte, gelangte auf den Boden, und von da durch Einbrüche einer Tür in die Schlafstube. Aus einem dort liegenden Kasten nahm er die Schlüssel zum Kleiderkasten, schloß den Schrank auf und entnahm aus einem Geldbeutel 1574,70 M. einen kleinen Rest ließ er liegen, damit der Diebstahl nicht so schnell entdeckt werden sollte. Nachdem er das Geld eingestohlet hatte, suchte er noch unten in der Wohnstube nach weiteren des Mittnehmers werten Sachen, als aber der Beistitzer erschien und nach G. fragte, machte er sich auf demselben Wege, auf dem er gekommen war, aus dem Hause. Der Beistitzer hatte dem G. von seiner Beobachtung zwar gleich Mitteilung gemacht, aber man konnte den Dieb nicht mehr fassen. Behrend ist nach Verurteilung der Tat nach Haffel gewandert, wo er den 24jährigen Dienstknecht Erik Domanski, einen alten Bekannten aus der Fürstjorgeanstalt, in der sie zusammen gewesen waren, traf. Er gab ihm von der Diebesbeute 300 M. ab und behielt restlos nach Hamburg und von da nach Berlin, wo sie in Haft genommen worden sind. Das Geld hatten sie inoffiziell durchgebracht; wie Behrend behauptete, ist ihm in Hamburg auch ein Teil gestohlen worden. Die von Behrend gestohlene Summe war Eigentum der Gemeindefälle in Rüssen. Die zweite Strafkammer des Landgerichts, vor der sich die beiden Angeklagten heute zu verantworten hatten, erkannte wegen Diebstahls gegen Behrend auf zwei Jahre Gefängnis und fünfjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Gegen Domanski wurde das Verfahren aus prozessualen Gründen abgetrennt und eine spätere Verhandlung vorbehalten.

Im Streit erschossen. (Schluß.) Im Prozesse gegen den ehemaligen Postreferendar Knobloch verneint die Geschworenen die Frage nach Totschlag und bejahen die nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Gefängnis. Der Vorliegende verurteilte darauf den Beschuldigten des Gerichts, nach Paragraph 317 der Prozedurordnung wird die Sache zur nochmaligen Verhandlung für die nächste Periode an das Schwurgericht verwiesen.

Hamburg, 20. Juni.

Brandstiftung und verurteilt Brandstiftung. Gestern verhandelte das hiesige Schwurgericht gegen den mehrfach bestrafte Zigarettenhändler Heinrich Rummig aus Neuhöfen wegen vorrätlicher Brandstiftung. Seit Herbst 1911 traten in Hurlmannsdorf verschiedene Brände nacheinander auf, die sämtlich angelegt schienen. Man erkannte Rummig als Täter. Er wurde wegen vorrätlicher Brandstiftung und verurteilt Brandstiftung zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Letzte Depeschen und Fernsprechmeldungen.

Der Kaiser im Kloster Loccum.

(Siehe auch besonderen Artikel.) Kloster Loccum, 20. Juni. Die Fahrt des Kaisers nach dem Kloster Loccum ging über Norddorf und Rehburg. Überall auf dem Wege, auch in Loccum selbst waren die Häuser mit Fahnen geschmückt. Schulen und Vereine bildeten Spalier. In Anwesenheit des Kaisers fand (ebenda) der Feiertag des 750jährigen Jubiläums des protestantischen Klosters Loccum statt, das seinen Schmuck angelegt hatte. Kurz nach 3 Uhr trat der Kaiser im Automobil hier ein. Er wurde an der Stiftstürze von dem Abt, der die Wirtin angelegt hatte und den silbernen Krummstab in der Hand hielt, und den Konventualen des Klosters empfangen. Mit dem Kaiser kamen Prinz Waldemar außer den Herren des Gefolges. Nachdem der Abt die Konventualen vorgestellt hatte, fand in der Stiftstürze ein liturgisch reich ausgestatteter Gottesdienst statt. Der Kaiser nahm neben dem Abt Platz. Der Abt legte der Kaiser die heilige Lufas 19 Vers 40 zugrunde: „Wo viele schmelzen, werden Steine schießen.“ In der Festrede gab der Abt einen Überblick über die eigenartige Geschichte des Klosters.

Der Kaiser verließ dem Abt, Oberkonsistorialrat Dr. Georg Hartwig, dem Stern zum Kronenorden zweiter Klasse, sowie eine Reihe weiterer Auszeichnungen.

Die Rückfahrt nach Hannover erfolgte gegen 5 Uhr, die Ankunft dort bald nach 6 Uhr. Am 8 Uhr besuchte der Kaiser beim Oberpräsidenten Wenckel.

Gaikwirts und Militärverbot.

Berlin, 20. Juni. Eine parlamentarische Korrespondenz berichtet: Das Telegramm, das der Abgeordnete Frank zu Beginn der heutigen Debatte über die Wehrvorlage verlesen wollte, woran er aber durch den Widerspruch des Grafen Westarp verhindert wurde, hat folgenden Wortlaut:

Nach Berichten der Tagespresse hat gestern Se. Excellenz Generalleutnant v. Wandel erklärt, selbst der Gaikwirtsverband mit 100 000 Mitgliedern erkläre dem dauernden Boykott sozialdemokratischer Lokale für richtig. Wir wissen nicht, welche Gaikwirtsverbände Se. Excellenz gehört hat. Für die unterzeichneten Korporationen erheben wir hiermit energische Proteste. Der allergrößte Teil aller Mitglieder der Korporation sowie die Wirte überhaupt sind, um erklären zu können, gemauerten, allen politischen Richtungen ihre Räume zur Verfügung zu stellen, und sind ganz besonders auf die Kundchaft der großen Halle der Arbeiterbevölkerung angewiesen. Große Volkshäuser, beispielsweise in Berlin die „Neue Welt“, die Brauerer Friedrichshagen und viele andere sind gar nicht in der Lage, ihre Existenz aufrechtzuerhalten ohne die Arbeiterkundschaft, und so ist es in ganz Deutschland. Wir bitten Sie daher namens der unterzeichneten Korporationen, wenn irgend möglich, diese unsere Erklärung heute im

Reichstage vor der Abstimmung zur Kenntnis zu bringen. Es folgen dann die Unterschriften einer großen Anzahl von Gaikwirten, Schankwirten, Saal- und Konzertlokalinhabern.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 20. Juni. Der Liberale Charles Benoist bekämpfte den Gegenentwurf Jaurès' und bat die Kammer, keinen Unterschied zwischen Frankreich und der Republik herzustellen. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Banken.) Ernest Roche bekannte, daß man allerdings zur Willkür neige. (Beifall auf der äußersten Linken.) Inzwischen aber müsse man sofort notwendige Maßnahmen für die Sicherheit des Landes treffen und sie von jeder Parteifrage freihalten. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Banken.) Er habe verlangt, eine Volksabstimmung seiner Wähler herbeizuführen, sei aber auf üblen Willen bei den Parteien gestoßen. So habe er zwei entgegengesetzte Antworten mit gleichen Abstimmungsresultaten erhalten, einerseits: Frankreich läuft keine Gefahr, andererseits: Frankreich ist einem Handreich Deutschlands preisgegeben. Dieser Zweifel schreibe ihm die Pflicht vor, lieber durch zu viel Vorzicht einen Irrtum zu begehen, da ein Fehler in entgegengesetztem Sinne nicht wieder gut zu machen sei. (Beifall auf der Rechten, im Zentrum und auf verschiedenen anderen Banken.) Roche schloß: Alles andere lieber, als Aussicht auf eine neue Niederlage Frankreichs! (Beifall im Zentrum und rechts und links; Rufe von der äußersten Linken: Ja! Ja! Laßt uns abzurücken! Gewiß! Aber nach Deutschland.) Redner will sich allen patriotischen Maßregeln, die vorge schlagen werden, anschließen, bis die Wälder, der Monarchen ledig, deren Stürzen ein Zeichen eines Krieges entfehlen könne, sich verdrängen könnten. (Langanhaltender Beifall rechts, im Zentrum und auf verschiedenen Banken links.) — Berichterstatter Gato kündete der Klugen Rede Roches zu und verwarf den Gegenentwurf Jaurès' trotz des großen Talentes, das dieser zeigte. (Beifall.) Jaurès stellte fest, daß nach der Rede Roches kein Gegenentwurf heute vielleicht abgelehnt, aber in naher Zukunft durchgeführt werden wird. (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès' Gegenentwurf wurde jedoch mit 496 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Der Sozialist Rognon sprach für den Gegenentwurf, der eine Dienstzeit von achtzehn Monaten vorsieht. Er machte geltend, daß Frankreich gar nicht verleben könne, Deutschland an Truppenzahl gleichzukommen, aber zum Siege staube man vor allem die Begeisterung der Bürger und der Soldaten, die für ihre Freiheit kämpfen. — Der Kriegsminister sagte: Das ist gerade der Geist der französischen Armee. Rognon erwiderte darauf, den werde sie verlieren, wenn sie den Charakter einer Berufsarmee annehme. Er verurteilte den Gegenentwurf betreffend den dreißigjährigen Dienst, der das Land erschüttern würde, ohne einen Soldaten mehr zu ergeben. Gato bekämpfte den Gegenentwurf, nach dessen Durchführung die Erziehung und das Training der Soldaten ungenügend sein würden. — Trotz wiederholten Eintretens Rogbons für einen reinen Entwurf wurde dieser mit 502 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Annektion der Balisinsel durch Frankreich.

Paris, 20. Juni. Der Gouverneur von Neu-Kaledonien hat dem Kolonialminister telegraphisch mitgeteilt, daß der französische Präsident der Balisinsel auf das dringende Verlangen des Oberhauptes der Balisinsel und anderer Häuptlinge die Annektion der Balisinsel vorbehaltlich der Genehmigung der französischen Regierung erklärt hat.

Eine Kompanie englischer Truppen zur Abfahrt nach Tanger bereit.

Gibraltar, 20. Juni. (Reuters.) Eine Kompanie englischer Truppen hat Befehl erhalten, sich bereit zu halten, um Tang, wenn es erforderlich sein sollte, sofort nach Tanger zu begeben.

Die Spanier in Marokko.

Madrid, 20. Juni. Unklar wird aus Tetuan gemeldet: Die Arabier von Agadiza griffen spanische Truppen an, die nach einem Streikzuge in das Raubgebiet sich nach Tetuan zurückbegeben. Die Araber wurden jedoch zurückgeschlagen und erlitten große Verluste. Zwei spanische Offiziere und fünf Soldaten wurden getötet, 22 Spanier verwundet, darunter ein Major, drei Hauptleute und vier Leutnants. Der Feind war sehr zahlreich und gut bewaffnet.

Dr. Danew über die Lage.

Wien, 20. Juni. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Sofia meldet, hat Dr. Danew ihrem dortigen Korrespondenten auf seine Frage nach der heutigen Lage erklärt: „Wir hatten an unseren Verträge und an unserem guten Rechte fest, was kommen, was will.“

Letzte Lokalnachrichten

n. Feuerbericht. Freitag abend gegen 1/8 Uhr wurde die Feuerweh nach der Goethestraße 3 gerufen, wo sie einen starken Rauchniederschlag vorfand. Eine weitere Alarmierung erfolgte bald darauf nach der Marienstraße 26. Dort hatte die Wehr einen Garbinenbrand zu unterdrücken.

Die Liebe geht durch den Magen. Rollen Sie in diesen teuren Zeiten mit einfachen Mitteln Ihren Nachbarn Abwechslung, Reiz und Belohnung verleihen, so verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann oder von der endlichen Firma umsonst das 80 Seiten starke Kochbuch „Saurer Rezept“, von dem schon 20000 Exemplare gedruckt werden mußten. Es enthält nur Originalrezepte praff. Hausfrauen und ist von der best. Elbig-Essen-Fabrik Max Elb, Dresden, herausgegeben.

Der Gesamtauflage unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Emil Schimpf, Königl. Hoflieferant, bei. Es dürfte vielen Lesern sehr zur Kenntnis sehr willkommen sein, daß darüber zu unterrichten, was alles zu einer Reize an Kleidung und Ausrüstung erforderlich ist. Die Firma, wohl die älteste in der Branche, führt alle nur erdenkliche, aber gut ausprobierte Neuheiten und ist auch gern bereit, Auskünfte über alle Reiseausrüstungen zu erteilen. (Schon)

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 8 Seiten, die vorliegende Morgennummer 14 Seiten, zusammen

22 Seiten.

Verantwortlicher: Dr. Ernst Behrensberger. Druck: Die Leipziger Zeitung. Druck: Die Leipziger Zeitung. Druck: Die Leipziger Zeitung.